

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Eine Blockade des beschäftigungspolitischen Programms der Europäischen Union wirft **Dr. Klaus Hänsch MdEP** Bundeswirtschaftsminister Rexrodt vor.

Seite 1

Die Bundesregierung muß nach Ansicht von **Elke Leonhard MdB** die Ursachen für die Flüchtlingsprobleme realistisch analysieren.

Seite 2

Eine Kursänderung gegenüber Peking fordert **Dr. Klaus Kübler MdB** angesichts der verschärften Repression in der Volksrepublik China.

Seite 3

Auf die Stilllegung von Tschernobyl zu drängen, verlangt **Sigrun Klemmer MdB** von der Bundesregierung

Seite 4

49. Jahrgang / 94

18. Mai 1994

Deregulierung heißt Entsolidarisierung

Rexrodt will das beschäftigungspolitische Programm der EU blockieren

Von **Dr. Klaus Hänsch MdEP**

Spitzenkandidat der SPD zu den Europa-Wahlen

EU-Kommissionspräsident Jacques Delors hat recht, wenn er fürchtet, daß mit der neuen deutsch-britischen Forderung nach Deregulierung im Grunde die Entsolidarisierung und Entökologisierung der EU-Politik gemeint sind. Die von Günther Rexrodt im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU vorgeschlagene Schaffung einer Expertengruppe zur Verringerung von Bürokratie und zur Deregulierung der europäischen Politik ist nichts weiter als der Versuch, die Umsetzung des Weißbuchs über "Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" vom Dezember 1993 zu blockieren.

Damit hat sich die Bundesregierung vollends der Strategie der britischen Regierung gegen einen europäischen Beschäftigungspakt angeschlossen. Im Dezember 1993 sind die EU-Staats- und Regierungschefs noch der Linie der Delors-Kommission gefolgt und haben ein umfassendes beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm beschlossen, das sowohl private und öffentliche Investitionen als auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vorsieht. Seither besteht die ganze Aktivität Rexrodts und seines britischen Kollegen Clarke in hinhaltendem Widerstand gegen seine Verwirklichung. Anstatt die vereinbarte Finanzierung und Durchführung der Investitionen in transeuropäische Verkehrs-, Telekommunikations- und Energienetze zu entscheiden, treten sie eine ideologische Debatte über Deregulierung los.

Die Schlagzeilen, die sich damit vielleicht für den Wahlkampf produzieren lassen, sind ganz gewiß kein Ersatz für beschäftigungspolitische Entscheidungen. Bundeskanzler Kohl sollte dem Treiben seiner Minister im Brüsseler Rat mehr Aufmerksamkeit schenken. Schließlich wird die deutsche Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte nicht an den Meinungen von Deregulierungsexperten, sondern an der Einleitung konkreter Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit von 18 Millionen Menschen in der Europäischen Union gemessen werden.

(-/18. Mai 1994/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 1901 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 22,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Vermindertem Umfang
mit wertvollen Informationen
Rechtlich-Papier



Das Asylrecht wird den Problemen nicht gerecht
Die Bundesregierung muß sich der Wirklichkeit stellen

Von Elke Leonhard MdB

Die Änderung des Asylrechts im vergangenen Jahr brachte nur vordergründig eine Entspannung der Situation. Sie ist allerdings nicht geeignet, das Problem und dessen Ursachen zu lösen: Die Fassade offizieller Zahlen verstellt den Blick auf die Gründe der globalen, vor allem nach Europa gerichteten Wanderungsbewegung, die mit dem Ende des Ost-West-Konflikts zunehmend spürbar wurde.

Die Antworten der Bundesregierung sind vollkommen unzulänglich:

- Während die Asylbewerberzahlen in westeuropäischen Nachbarstaaten der Bundesrepublik steigen, erweisen sich die von der Bundesregierung gewährten Ausgleichszahlungen an Polen und die Tschechische Republik für dorthin zurückgewiesene Asylbewerber als offenkundiger Fehlschlag: So standen Ausgleichszahlungen von 120 Millionen DM für 1993 und 1994 an die Republik Polen nur rund 150 im vergangenen Jahr zurückgewiesene Personen gegenüber. Daß die Mittel in Polen und der Tschechischen Republik zweckgebunden verwendet werden, ist überdies nicht sichergestellt.
- Das Bundesverfassungsgericht, durch die Asylrechtsänderung zur zweiten und letzten Instanz in Anerkennungsverfahren geworden, hat nunmehr zusätzlich die Aufgaben eines Verwaltungs- beziehungsweise Oberverwaltungsgerichts zu erfüllen. Die Zahl der dort geprüften Asylverfahren ist seit 1993 um 130 Prozent gestiegen. Es ist damit zu rechnen, daß sich die Zahl der Anerkennungsverfahren auf diesem hohen Niveau stabilisiert.
- Eine zentrale Regelung des sogenannten Asylkompromisses wird noch immer nicht angewandt. Der vorgesehene Sonderstatus für Bürgerkriegsflüchtlinge mit einem Bleiberecht auf Zeit. Diese sind weiterhin gezwungen, Asylanträge zu stellen.
- Die Bundesregierung vertritt angesichts gesunkener (offizieller) Zuwanderungszahlen die Auffassung, für die Beratung des vorgesehenen Einwanderungsgesetzes bestehe derzeit kein Bedarf.

Es verwundert nicht, wenn die Kirchen, ihrem Selbstverständnis und Auftrag nach im Dienste der Humanität stehend, angesichts einer derartigen Situation nach Wegen suchen, Menschen in Not ungeachtet ihrer Herkunft, teilweise auch ungeachtet der aktuellen Rechtslage Zuflucht zu geben - eine Haltung, die klärungsbedürftige Fragen erneut in das Bewußtsein ruft und nicht ausschließlich mit dem Hinweis auf geltendes Recht abgetan werden darf.

In der aktuellen Diskussion sind die differenzierenden, das geltende Recht keinesfalls negierenden, insbesondere auf die ethische Verantwortung von Christen hinweisenden Äußerungen des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Professor Karl Lehmann, als Appell an die Politik zu verstehen - sie zeigen, daß die Politik gerade auch nach der Änderung des Asylrechts gefordert bleibt.

- Nach der Genfer Flüchtlingskonvention genießen Verfolgte Asylrecht. Eine harmonisierte europäische Regelung zur Durchsetzung dieses Anspruchs bleibt unverzichtbar.
- Bürgerkriegsflüchtlinge sind keine Asylsuchenden. Ihr Anspruch eines Bleiberechts auf Zeit ist europäisch einheitlich zu regeln.
- Es gilt, die Fluchtursachen effektiv zu bekämpfen.
- Die in der Asylrechtsänderung vorgesehene Beratung eines Einwanderungsgesetzes ist seit langem überfällig: Europa ist eine Zuwanderungsregion - eine geordnete Regulierung der Zuwanderung und die Eindämmung illegaler Zuwanderung ist ohne Einwanderungsgesetz nicht möglich.

Bereits bei Formulierung des Asylkompromisses im vergangenen Jahr hatte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf Wirkungen und notwendige Folgeregelungen, die heute offenkundig sind, hingewiesen.

Ich fordere die Bundesregierung auf, endlich die überfälligen Schritte einzuleiten.

(-/18. Mai 1994/rs/fr)

Bonner Kurs gegenüber Peking ändern **Die Verfestigung der Repression darf nicht hingenommen werden**

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Chen Ziming, einer der führenden Köpfe der am 4. Juni 1989 auf dem Tiananmen-Platz niedergeschlagenen Demokratiebewegung, ist als schwerkranker Mann auf Bewährung freigelassen worden. In der vergangenen Woche hatte die kommunistische Führung Chinas mehrere Dissidenten freigelassen, andere dagegen festgenommen.

Wang Dan, ebenfalls einer der führenden chinesischen Dissidenten, ist von der Polizei festgenommen und kurz darauf wieder freigelassen worden. Anlaß seiner Festnahme war ein Interview mit einem amerikanischen Fernsehsender. Die Kommunistische Partei Chinas betreibt hier ein willkürliches Spiel mit menschlichen Schicksalen. Die abwechselnde Freilassung von Dissidenten, Wiederverhaftungen, Verhören, das Verbringen an unbekannte Orte, die Erwartung und die indirekten Aufforderung, China zu verlassen, schaffen eine Situation der totalen Verunsicherung. Die Menschen werden zum Spielball der Macht- und Wirtschaftsinteressen der Kommunistischen Partei Chinas.

Die jüngsten Freilassungen sind vor allem zu sehen im Vorfeld der von der US-Regierung zu treffenden Entscheidung über eine Verlängerung der Meistbegünstigungsklausel im Handel mit China, sie bedeuten keinen Kurswechsel in der chinesischen Politik und ihrer Ablehnung der Anerkennung des Menschenrechts-Schutzes und aller Demokratisierungsversuche.

Im Gegenteil, China steuert vor dem fünften Jahrestag der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung am 4. Juni 1989 eher einen harten Kurs und dies geht weit über die sich auch wieder vor dem fünften Jahrestag aufkommende Nervosität hinaus.

Die Kommunistische Partei Chinas zeigt sich überzeugt davon, daß westliche Demokratien, letztlich auch die USA, die wirtschaftlichen Beziehungen über die Menschenrechts- und Demokratiefragen stellen. Es ist schon eine beschämende Situation, daß praktisch alle Demokratien mit Ausnahme (noch) der USA die Menschenrechts-Frage von der Wirtschaftsfrage abgekoppelt haben. Für die Kommunistische Partei Chinas geht die Wirtschaftsfrage und die Wirtschaftsentwicklung über alles, weil sie glaubt, so als kommunistische, antidemokratische Partei an der Macht bleiben zu können. Für mich ist chinesische Politik in erster Linie die Frage der Machterhaltung der Kommunistischen Partei Chinas und nicht der wirtschaftlichen Entwicklung für die Menschen.

Mit der Warnung des Staats- und Parteichefs, das harte Durchgreifen der Sicherheitskräfte vor fünf Jahren in Peking sei geradezu der Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg und den heutigen Wohlstand gewesen, will die Kommunistische Partei Chinas letztlich die großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme Chinas überdecken, die insbesondere in zunehmender Armut der Landbevölkerung, in zunehmender allgemeiner Arbeitslosigkeit, in rücksichtsloser, in frühkapitalistischen Formen sich entwickelnder Wirtschaft, in chaotischem Anstieg der Kriminalität und in dramatischem gesellschaftlichen Werteverfall bestehen.

Die Kommunistische Partei Chinas verschärft zum Beispiel rigoros das Polizeigesetz mit dem Ziel, jede Meinungsäußerung und Kritik völlig unter Kontrolle zu bekommen, vorgesehen ist eine 14tägige Polizeihaft ohne gerichtliches Verfahren. Chinas Kommunistische Partei warnt ihre Kritiker und unterdrückt rücksichtslos jede Kritik in der Bevölkerung.

Die Kommunistische Partei Chinas betrachtet weiterhin jede äußere Kritik an der Menschenrechtssituation in China als "Einmischung in die inneren Angelegenheiten".

Die Zwangsarbeitslager in China werden nicht leerer, sondern voller. Die Zahl der Zwangsarbeiter, überwiegend auf Grund verwaltungsmäßiger und polizeilicher - nicht richterlicher - Anordnung, liegt zwischen ein und zwei Millionen.

Die Strafverfahrenspraxis in China ist höchst fragwürdig. Verurteilungen bis zur Todesstrafe kommen meist ohne ein rechtsstaatliches Verfahren zustande.

Die Kommunistische Partei Chinas sollte sich darüber im klaren sein, daß wenn sie auf Dauer Partner anderer Länder sein will, ihre Menschenrechts-Politik überprüfen und die politischen Rechte der Bürger gewährleisten muß.

Die Bundesregierung ist gefordert, ihren Kurs gegenüber China, nämlich einseitig Wirtschaftsinteressen über die Menschenrechte zu stellen, endlich aufzugeben. Die Bundesrepublik Deutschland muß ihr politisches und wirtschaftliches Gewicht dazu benutzen, durch entsprechenden Druck eine Verbesserung der Menschenrechts-Situation in China zu erreichen. (-/18. Mai 1994/rs/fr)

Auf Stilllegung von Tschernobyl drängen **Bonn soll Finanzhilfe für Ukraine konditionieren**

Von Siegrun Klemmer MdB

Mitglied im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages

Nach den Aussagen des ukrainischen Vizeministerpräsidenten Waleri Schmarow ist die endgültige Stilllegung des Atomkraftwerks Tschernobyl erst in zehn Jahren möglich. Darüber hinaus fordert die Ukraine 20 Milliarden Dollar, die ausnahmslos in den Ausbau der Kernenergie investiert werden sollen, um die Stilllegung des Atomkraftwerks zu gewährleisten.

Seit nunmehr acht Jahren fordern Experten und Umweltschützer die sofortige Stilllegung des Katastrophenreaktors. Zahlreiche Vorschläge zur Umstrukturierung der osteuropäischen Energiewirtschaft liegen vor: verstärkte Energieeinsparung, effizientere Energienutzung durch Kraft-Wärme-Kopplung, umwelttechnische Nachrüstung und Effizienzerhöhung von bestehenden Kraftwerken sowie Ersatz von fossil befeuerten Wärmekraftwerken durch Neubauten. Die Kosten einer derartigen Umstrukturierung der ukrainischen Energiewirtschaft liegen in der gleichen Größenordnung wie die von der Ukraine geforderten 20 Milliarden Dollar zum Ausbau der Kernenergie. Vergebens. Tschernobyl wird trotz zahlreicher Beschlüsse und Absichtserklärungen weiterbetrieben. Die katastrophalen Folgen des Reaktorunglücks und die möglichen Risiken werden mehr denn je verdrängt, obwohl ihr gesamtes Ausmaß auch bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar ist und immer erschreckendere Ausmaße annimmt. Allein in der Ukraine wurde 1992 von 6.000 bis 8.000 Strahlertoten durch Tschernobyl ausgegangen.

Der Grund für die starre Haltung der Ukraine in der Atompolitik liegt einerseits in dem hohen symbolischen Stellenwert, den diese Technologie in allen osteuropäischen Staaten einnimmt, andererseits verdeutlicht das Festhalten an der Atomenergie die starke strukturierende Kraft der internationalen Atomindustrie. Diese setzt weiter auf den Ausbau der Kernenergie und hat sich, nicht zuletzt durch die wachsenden Akzeptanzprobleme in Westeuropa, auf den Markt in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion konzentriert.

Angesichts der erheblichen Gefährdungen durch die Atomindustrie, die in Staaten wie der Ukraine besonders schmerzlich erlebbar sind, und der heute kaum quantifizierbaren Folgeprobleme ist die weitere Nutzung der Atomenergie nicht länger verantwortbar. Tschernobyl darf keine weiteren zehn Jahre wie ein Damoklesschwert über Ost- und Westeuropa hängen.

Ich fordere die Bundesregierung erneut auf, sich für eine unverzügliche Stilllegung Tschernobyls einzusetzen und die finanzielle Unterstützung des Ausbaus der Kerntechnik in der Ukraine zu beenden. Die Bedingung für eine weitere finanzielle Unterstützung muß an verbindliche und terminierte AKW-Stilllegungspläne geknüpft werden. Darüber hinaus muß die Entwicklung alternativer Entwicklungsoptionen künftig in gleicher Etablierung und mit der gleichen Mittelausstattung erfolgen.

(-/18. Mai 1994/rs/fr)
